02. November 2026

Fünf Forderungen für eine souveräne, sichere und innovative digitale Wirtschaft

Digitale Souveränität stärken. Innovation ermöglichen. Unternehmen befähigen.

Executive Summary

- Die digitale Transformation ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor für den deutschen Einzelhandel und den Wirtschaftsstandort Europa. Künstliche Intelligenz verändert Geschäftsprozesse, digitale Plattformen prägen den Zugang zu Kunden und Daten werden zu einer immer wichtigeren Grundlage unternehmerischer Entscheidungen. Daraus ergeben sich große Chancen, aber auch neue Anforderungen an Sicherheit, Wettbewerb und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit europäischer Unternehmen.
- Europa muss seine digitale Souveränität stärken. Unternehmen brauchen Zugang zu leistungsfähigen Technologien, verlässlichen digitalen Infrastrukturen und offenen Märkten. Sie müssen digitale Lösungen selbstbestimmt einsetzen und zwischen Anbietern wählen können. Ziel ist nicht Abschottung, sondern mehr eigene Handlungsfähigkeit, weniger einseitige Abhängigkeit und eine stärkere europäische Wettbewerbsfähigkeit.
- Gleichzeitig muss Digitalisierung für Unternehmen jeder Größe wirtschaftlich umsetzbar sein. Gerade kleine und mittlere Unternehmen benötigen bezahlbare Technologien, verständliche Regeln und Unterstützung bei der Einführung neuer Anwendungen. Regulierung muss Sicherheit und Vertrauen gewährleisten, darf Innovation aber nicht durch unnötige Bürokratie und widersprüchliche Vorgaben ausbremsen.
- Auch im internationalen Onlinehandel müssen gleiche Regeln für alle gelten. Wo bestehende Vorschriften nicht wirksam durchgesetzt werden, entstehen Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Unternehmen, die ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen.
- Der Handelsverband Deutschland (HDE) fordert deshalb eine Digitalpolitik, die Europas digitale Souveränität stärkt, Sicherheit und Vertrauen gewährleistet, Innovation ermöglicht und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt. Dafür braucht es leistungsfähige digitale Infrastrukturen, einen praxistauglichen Rechtsrahmen, fairen Wettbewerb und einen konsequenten Abbau unnötiger Bürokratie.

Die 5 Kernforderungen im Kurzüberblick

1. **Digitale Souveränität stärken**
   Europäische digitale Infrastrukturen, offene Standards und wettbewerbliche Märkte fördern.
2. **Sicherheit und Vertrauen gewährleisten**
   Digitale Geschäftsmodelle schützen und geltendes Recht konsequent durchsetzen.
3. **Innovation und KI ermöglichen**
   Neue Technologien wirtschaftlich nutzbar machen und die digitale Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken.
4. **KMU bei der Digitalisierung unterstützen**
   Zugang zu bezahlbaren Technologien, Beratung und praxistauglichen Lösungen verbessern.
5. **Regulierung vereinfachen und fairen Wettbewerb sichern**
   Doppelregulierung abbauen, gleiche Regeln durchsetzen und Unternehmen von unnötigen Pflichten entlasten.

Die 5 Kernforderungen im Detail

1. Digitale Souveränität stärken und Europas Handlungsfähigkeit sichern

Die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels hängt zunehmend von digitalen Infrastrukturen, Plattformen und technologischen Schlüsselkomponenten ab. Unternehmen müssen auf leistungsfähige Lösungen zugreifen, unterschiedliche Anbieter nutzen und ihre digitalen Geschäftsmodelle weiterentwickeln können. Einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern können dagegen die unternehmerische Wahlfreiheit einschränken und die Position europäischer Unternehmen im Wettbewerb schwächen.

Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)
Stephan Tromp | Stellv. Hauptgeschäftsführer | Sekretariat: Sabine Hartmann Telefon: 030/ 7261053-15 | E-Mail: hartmann@hde.de
Cathrin M. Daniel | Referentin Digitalisierung und Netzpolitik | Telefon: 030/726250-34 | E-Mail: daniel@hde.de
www.einzelhandel.de

Digitale Souveränität bedeutet, Technologien selbstbestimmt nutzen und weiterentwickeln zu können. Dafür braucht Europa offene Standards, interoperable Systeme, wettbewerbliche Märkte und verlässliche Investitionsbedingungen. Entscheidend ist, dass europäische Lösungen einen konkreten Nutzen bieten und sich wirtschaftlich behaupten können.

Auch die EUDI-Wallet und der digitale Euro können zur europäischen digitalen Handlungsfähigkeit beitragen. Sie müssen allerdings so ausgestaltet werden, dass sie im Alltag einen Mehrwert schaffen und für Unternehmen wirtschaftlich tragfähig sind.

Der HDE fordert:

- Europäische digitale Infrastrukturen und technologische Innovationen stärken und einseitige Abhängigkeiten reduzieren, ohne den Zugang zu internationalen Technologien unnötig einzuschränken.
- Offene Schnittstellen, gemeinsame Standards und Interoperabilität fördern, damit Unternehmen zwischen Anbietern wählen und digitale Lösungen flexibel einsetzen können.
- Faire Wettbewerbsbedingungen auf digitalen Märkten sicherstellen und bestehende europäische Regeln wirksam durchsetzen.
- Die EUDI-Wallet sicher, datensparsam und einfach nutzbar gestalten. Sie muss sich mit geringem Aufwand in bestehende Geschäftsprozesse integrieren lassen.
- Den digitalen Euro an den Anforderungen des Handels ausrichten. Kosten, technische Integration, Nutzerfreundlichkeit und Wettbewerb im Zahlungsverkehr müssen von Beginn an berücksichtigt werden.

2. Sicherheit und Vertrauen als Grundlage der Digitalisierung gewährleisten

Digitale Geschäftsmodelle brauchen Vertrauen. Unternehmen und Verbraucher müssen sich auf sichere Systeme, den Schutz ihrer Daten und die Durchsetzung geltenden Rechts verlassen können. Dazu gehören verlässliche digitale Identitäten, sichere Zahlungsinfrastrukturen und ein wirksamer Schutz vor Betrug.

Im grenzüberschreitenden Onlinehandel bestehen erhebliche Vollzugsdefizite. Fake-Shops und irreführend auftretende Anbieter täuschen Verbraucher und schädigen das Vertrauen in den digitalen Handel. Professionell gestaltete Internetauftritte, gefälschte Unternehmensangaben und Werbung in sozialen Netzwerken erschweren es, unseriöse Angebote zu erkennen. Der Einsatz von KI kann die Erstellung täuschend echter Inhalte zusätzlich erleichtern.

Das Problem liegt nicht allein in möglichen Regelungslücken. Bestehende Vorschriften müssen gegenüber allen Marktteilnehmern wirksam durchgesetzt werden, unabhängig davon, wo ein Anbieter seinen Sitz hat. HDE und DIHK haben dafür im Oktober 2026 ein gemeinsames Zehn-Punkte-Programm zur wirksameren Kontrolle im grenzüberschreitenden Onlinehandel vorgelegt.

Der HDE fordert:

- Bestehendes Recht im grenzüberschreitenden Onlinehandel konsequent durchsetzen, insbesondere bei Produktsicherheit und Verbraucherschutz.
- Marktüberwachung und Zoll personell, technisch und digital stärken und Kontrollen risikobasiert koordinieren.
- Eine zentrale, leicht zugängliche digitale Meldestelle für Hinweise auf Rechtsverstöße schaffen und die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden verbessern.
- Gegen Fake-Shops, wiederholte Rechtsverstöße und die gezielte Verschleierung der Herkunft von Anbietern konsequent vorgehen.
- Sichere und datensparsame Verfahren für digitale Identitäten und Altersverifikation fördern, die einen praktischen Nutzen bieten und sich in bestehende Geschäftsprozesse integrieren lassen.

3. Innovation und KI ermöglichen

Künstliche Intelligenz bietet dem Einzelhandel erhebliche Potenziale, von effizienterer Warenplanung und optimierten Abläufen bis zur Kundenkommunikation und Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Damit Unternehmen diese Potenziale nutzen können, brauchen sie Rechtssicherheit und einen regulatorischen Rahmen, der Innovation ermöglicht, statt sie durch unverhältnismäßige Anforderungen auszubremsen.

Die europäische KI-Verordnung muss deshalb praxisnah, verhältnismäßig und bürokratiearm umgesetzt werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen dürfen nicht durch komplexe Dokumentations- und Umsetzungspflichten überfordert werden. Überschneidungen mit Datenschutzrecht und weiteren Digitalvorschriften sind zu vermeiden.

Gleichzeitig verändern KI-gestützte Such-, Empfehlungs- und Assistenzsysteme den digitalen Handel. Sie beeinflussen, welche Produkte Verbraucher wahrnehmen und welche Händler Zugang zu Kunden erhalten. Damit sich auch kleinere Händler in diesen Vertriebskanälen behaupten können, braucht es transparente und faire Wettbewerbsbedingungen.

Der HDE fordert:

- Die KI-Verordnung einheitlich, praxisnah und mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand umsetzen.
- Überschneidungen zwischen KI-Regulierung, Datenschutzrecht und weiteren digitalen Vorschriften abbauen.
- Unternehmen beim KI-Einsatz durch verständliche Leitlinien, niedrigschwellige Beratung und praxistaugliche Erprobungsmöglichkeiten unterstützen.
- Forschung, Technologietransfer und die wirtschaftliche Anwendung digitaler Schlüsseltechnologien fördern.
- Faire und nachvollziehbare Wettbewerbsbedingungen für KI-gestützte Such-, Empfehlungs- und Vertriebssysteme gewährleisten.
- Rechtssichere Datennutzung ermöglichen und neue Regeln so gestalten, dass Datenschutz gewahrt bleibt, ohne sinnvolle Innovation unnötig zu behindern.

4. Kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen

Die digitale Transformation darf nicht allein großen Unternehmen vorbehalten bleiben. Kleine und mittlere Händler müssen digitale Technologien ebenfalls wirtschaftlich einsetzen können. Ihnen fehlen häufig die personellen und finanziellen Ressourcen, um komplexe rechtliche Vorgaben umzusetzen, neue Systeme zu integrieren oder eigene digitale Lösungen zu entwickeln.

Eine erfolgreiche Digitalpolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen. Entscheidend sind bezahlbare Technologien, einfache technische Integration, verlässliche Standards und Unterstützung bei der Einführung neuer Anwendungen. Förder- und Beratungsangebote müssen zugänglich sein und sich an den tatsächlichen Anforderungen der Unternehmen orientieren.

Auch neue digitale Infrastrukturen müssen von Anfang an für kleinere Unternehmen mitgedacht werden. Hohe Integrationskosten, komplizierte Verfahren und zusätzliche technische Hürden erschweren ihre Verbreitung und können bestehende Wettbewerbsunterschiede verschärfen.

Der HDE fordert:

- Niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen ausbauen.
- Die Einführung von KI und anderen digitalen Schlüsseltechnologien durch geeignete Förder-, Erprobungs- und Transferangebote unterstützen.
- Offene Schnittstellen und einheitliche Standards fördern, damit Unternehmen digitale Lösungen flexibel kombinieren und Anbieter wechseln können.
- Neue digitale Pflichten auf technische Umsetzbarkeit, Kosten und Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen prüfen.
- Handel und Wirtschaft frühzeitig in die Entwicklung digitaler Infrastrukturen und regulatorischer Vorgaben einbeziehen.

5. Digitale Regulierung vereinfachen und fairen Wettbewerb sichern

Die digitale Transformation braucht einen verlässlichen Rechtsrahmen. Gleichzeitig nehmen die regulatorischen Anforderungen zu. Überschneidungen, widersprüchliche Vorgaben und zusätzliche Dokumentationspflichten binden Ressourcen, die Unternehmen für Investitionen und Innovation benötigen.

Der HDE unterstützt deshalb das Ziel, digitale Regulierung zu vereinfachen und Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Digitale Omnibus muss in der Praxis zu tatsächlichen Entlastungen führen. Neue Vorschriften dürfen bestehende Anforderungen nicht lediglich ergänzen oder zusätzliche Rechtsunsicherheit schaffen.

Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)
Stephan Tromp | Stellv. Hauptgeschäftsführer | Sekretariat: Sabine Hartmann Telefon: 030/ 7261053-15 | E-Mail: hartmann@hde.de
Cathrin M. Daniel | Referentin Digitalisierung und Netzpolitik | Telefon: 030/726250-34 | E-Mail: daniel@hde.de
www.einzelhandel.de

Das gilt auch für die geplanten Regeln zum Zugriff auf Endgeräte und zu Einwilligungsmechanismen. Die sogenannte Cookie-Fatigue lässt sich nicht durch immer neue Abfragen lösen. Notwendig sind nutzerfreundliche, datenschutzgerechte und rechtssichere Verfahren.

Fairer Wettbewerb setzt zugleich voraus, dass dieselben Regeln für alle Marktteilnehmer gelten. Wo bestehendes Recht ausreicht, muss es konsequent durchgesetzt werden. Zusätzliche Pflichten für regelkonform handelnde Unternehmen sind kein Ersatz für wirksame Marktüberwachung.

Der HDE fordert:

- Bestehende Digitalgesetze systematisch auf Doppelregulierung, Widersprüche und vermeidbare Dokumentationspflichten überprüfen.
- Den Digitalen Omnibus so ausgestalten, dass er Unternehmen tatsächlich entlastet und rechtssichere, technisch umsetzbare Lösungen ermöglicht.
- Neue Anforderungen an Endgerätezugriffe und Einwilligungen so gestalten, dass Datenschutz gewahrt und die Nutzung digitaler Angebote nicht unnötig erschwert wird.
- Nationale Sonderwege und zusätzliche Anforderungen vermeiden, sofern sie nicht sachlich erforderlich sind.
- Neue digitale Pflichten vor ihrer Einführung auf Nutzen, Kosten, technische Machbarkeit und Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen prüfen.
- Bestehende Verwaltungs- und Dokumentationspflichten regelmäßig überprüfen und entbehrliche Vorgaben abschaffen.
- Die Belegausgabepflicht abschaffen, statt zusätzliche technische und finanzielle Belastungen durch eine verpflichtend digitale Belegausgabe zu schaffen.
- Neue Verbraucherregulierung auf nachweisbare Schutzlücken beschränken und bestehendes Recht wirksam durchsetzen.

Fazit

Digitale Souveränität stärken, Sicherheit gewährleisten, Innovation ermöglichen.

- Deutschland und Europa müssen ihre digitale Souveränität stärken. Dafür braucht es leistungsfähige digitale Infrastrukturen, offene und interoperable Lösungen, sichere digitale Geschäftsprozesse und faire Wettbewerbsbedingungen. Europa muss digitale Technologien selbstbestimmt nutzen und weiterentwickeln können, ohne sich einseitig von einzelnen Anbietern abhängig zu machen oder den Zugang zu Innovation unnötig einzuschränken.
- Gleichzeitig muss Digitalisierung für Unternehmen jeder Größe wirtschaftlich umsetzbar sein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen brauchen Zugang zu bezahlbaren Technologien, verlässlichen Rahmenbedingungen und konkreter Unterstützung. Künstliche Intelligenz und datenbasierte Geschäftsmodelle müssen genutzt werden können, ohne dass unnötige Bürokratie und widersprüchliche Vorgaben Innovation ausbremsen.
- Sicherheit und Vertrauen sind dafür unverzichtbar. Verbraucher und Unternehmen müssen vor Betrug geschützt werden. Geltendes Recht muss für alle Marktteilnehmer gleichermaßen gelten und wirksam durchgesetzt werden. Wo bestehende Regeln ausreichen, ist konsequenter Vollzug neuen Pflichten vorzuziehen.
- Der HDE fordert eine Digitalpolitik, die Europas digitale Souveränität stärkt, Sicherheit und Vertrauen gewährleistet, Innovation ermöglicht und kleine und mittlere Unternehmen befähigt, die Chancen der Digitalisierung wirtschaftlich zu nutzen. Dafür braucht es einen praxistauglichen Rechtsrahmen, offene und wettbewerbliche digitale Märkte sowie den konsequenten Abbau unnötiger Bürokratie.

Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)
Stephan Tromp | Stellv. Hauptgeschäftsführer | Sekretariat: Sabine Hartmann Telefon: 030/ 7261053-15 | E-Mail: hartmann@hde.de
Cathrin M. Daniel | Referentin Digitalisierung und Netzpolitik | Telefon: 030/726250-34 | E-Mail: daniel@hde.de
www.einzelhandel.de